

BürgerInnenbrief **Mitte**

14. Mai 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Gleiche Chancen!+++ SAGA +++ Obdachlose +++ NRW +++ Griechenland +++ Elphi +++ Neuengamme +++ St. Pauli +++

Für längeres gemeinsames Lernen!



Am 18. Juli steht für Hamburgs wahlberechtigte Bevölkerung ein wichtiger Volksentscheid an, der weitreichende gesellschaftspolitische Implikationen über die Stadt hinaus hat: An diesem Tag wird darüber abgestimmt, ob in der Freien und Hansestadt die Kinder nicht nur vier, sondern zukünftig sechs Jahre zusammen lernen sollen. Dies ist noch nicht die »Eine Schule für alle!«, für die DIE LINKE gemeinsam mit anderen SchulreformerInnen schon einmal – allerdings nicht genug – Stimmen gesammelt hat.

Wie stark der Gegenwind bereits bei dem Vorhaben, eine sechsklassige Primarschule durchzusetzen, weht, lehrt der tägliche Blick ins »Hamburger Abendblatt«, auf die Plakate der FDP oder der O-Ton eines Herrn Scheuerl. Dieser bringt

wohl wie kein anderer auf den Punkt, dass es um die Sicherung der Privilegien derjenigen Schichten geht, die das Geld und die Möglichkeiten haben, ihre Kinder unter optimalen Bedingungen aufwachsen zu lassen, Nachhilfestunden zu bezahlen und den neuesten PC anzuschaffen.

Eine demokratische und soziale Gesellschaft gebietet, dass die ungerechte Verteilung von Reichtum, Macht und Ansehen nicht bereits Kindern alle Zukunftschancen verbaut. Es darf nicht sein, dass Kinder aus Schichten, die über geringe Einkommen verfügen und oft einen Migrationshintergrund haben, nach der vierten Klasse in eine Schule verbannt werden, die im Durchschnitt deutlich schlechtere Perspektiven aufweist als das heutige Gymnasium. Längeres gemeinsames

Lernen eröffnet allen Kindern die Möglichkeit, miteinander zurechtzukommen und voneinander zu profitieren. Die frühe Selektion von »guten« und »schlechten« SchülerInnen muss ein Ende haben, die sechsklassige Primarschule ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

Der heftige Widerstand, den die privilegierten Schichten gegen diese Absicht mobilisieren, knüpft an dem Problem an, dass die beabsichtigte Schulreform von vielen Eltern mit bürokratischen Hürden und einem problematischen pädagogischen Alltag verbunden wird. In der Tat: Die nicht zu leugnenden Konflikte mit einzelnen LehrerInnen und Schulleitungen, die schlechte Ausstattung und der bauliche Zustand vieler Schulen sowie die anderen sichtbar gewordenen Probleme müssen ebenfalls angepackt werden. Sie dürfen jedoch nicht zum Vorwand genommen werden, eine bessere und demokratischere Schulstruktur zu verhindern.

Die meisten Länder in Europa haben vom drei- bzw. zweistufigen Schulsystem längst Abstand genommen, und die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen (am bekanntesten sind die PISA-Studien) haben der Bundesrepublik bescheinigt, dass sie deutlich hinter den modernen pädagogischen und gesellschaftlichen Anforderungen zurückbleibt. Es ist zu hoffen, dass die aktuelle Mobilisierung für die Primarschule auch die dringend erforderliche inhaltliche Schuldebatte befördert.

Doch zunächst einmal muss der Volksentscheid gewonnen werden. In diesen Tagen werden die ersten Plakate der

»Schulverbesserer« geklebt; dahinter steht die gemeinsame Initiative aller Rathausparteien (die SPD fährt allerdings noch einen gewissen Sonderkurs und auch Schwarz-Grün betreibt die Initiative nicht gerade mit Vollgas...) für die Primarschule. Es wird weiteres Material und zahlreiche Informationsveranstaltungen (die Schulbehörde allein hat etwa 80 davon auf der Liste) geben, mit dem und bei denen für das gemeinsame längere Lernen mobilisiert werden kann. In St. Georg hat sich zum Beispiel eine Initiative gebildet, die mit Infoständen, einem Stadtteilaufruf und einer Kundgebung für die Schulreform am 27. Mai um 18 Uhr auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz wirbt. Hamburgweiter Höhepunkt dürfte die Demonstration am 5. Juni werden. Unter dem Motto »Schulverbesserer – Parade für längeres gemeinsames Lernen in der Primarschule!« sollten sich dann möglichst viele Menschen um 12:00 Uhr auf der Moorweide einfinden und gemeinsam für die Reforminitiative zum Rathausmarkt demonstrieren.

Bereits in den nächsten Wochen – also lange vor dem Stichtag 18. Juli – wird sich entscheiden, ob wir das Schulsystem endlich ein Stück voranbewegt bekommen oder ob die an ihren Privilegien interessierten Kräfte um Herrn Scheuerl und die FDP obsiegen. Deshalb ist die Aktivierung möglichst Vieler schon jetzt wichtig: Wir müssen noch sehr viel mehr Menschen von der enormen Bedeutung dieser bildungs- und gesellschaftspolitisch wichtigen Reform überzeugen. Am Engagement der LINKEN soll dies nicht scheitern!

Kein Verkauf von öffentlichen Wohnungen!

Am 11. Mai wurde nun auch offiziell das Amt eines »Wohnungsbaukoordinators« (siehe den letzten BürgerInnenbrief) eingerichtet und mit Michael Sachs besetzt. Dieser gehörte in den letzten Jahren dem Vorstand von Hamburgs öffentlichem Wohnungsunternehmen SAGA GWG an, in dessen 130.000 Wohnungen rund 300.000 Menschen leben. Von der Stadtentwicklungssenatorin Hajduk ins Amt geholt, von der Presse bejubelt und versehen mit einem schönen Titel – alles im Lot also?

Aus meiner Sicht nicht, denn vor allem hat der Koordinator den Auftrag, einen jährlichen »Konsolidierungsbeitrag« in Höhe von 10 Mio. Euro für das Stadtsäckel zu »erwirtschaften«, der wohl vor allem aus dem Verkauf städtischer Grundstücke (im Höchstgebotsverfahren?) kommen wird.

Zu meinem Abgeordneten»privilegien« gehört, dass ich ungefragt und auf Kosten der SteuerzahlerInnen mit den schönsten Zeitschriften der Republik versorgt werde. Regelmäßig erhalte ich z.B. »Polizei heute« und »Kriminalist«, aber auch »Immobilienmanager« und »Wirtschaftswoche«. Der neuesten Ausgabe dieser Wochenzeitschrift vom 10.5.2010 entnehme ich z.B. der wunderbaren Titelstory »Sicherer Hafen«, dass Hamburg unter den 50 größten Städten Deutschlands »die besten Aussichten« hat. Allerdings nicht für die MieterInnen, sondern für den Kreis der Wirtschaftswoche-Abonnenten, de-

nen Grundstücke und Häuser gehören bzw. die mit ihnen spekulieren. Unter den 50 Städten gibt es zwei, die eine ansteigende »Preisprognose« für Immobilien aufweisen: München und Hamburg. Ganz vorne (noch vor München) ist Hamburg bei der Bewertung der »Chance-/Risiko-Relation«. Im Klartext: Es gibt zur Zeit kein lukrativeres Pflaster für Immobilienbesitzer und -manager als die Elbmetropole.

Von einem »Wohnungsbaukoordinator« sollte eigentlich erwartet werden, dass er sich im Interesse der BürgerInnen einer solchen Entwicklung entgegenstellt. Doch was hat Herr Sachs bzw. die von ihm mit repräsentierte SAGA GWG in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang getan? Den Bestand an Wohnungen, vor allem der Sozialwohnungen reduziert; in nur ganz geringem Maße neu gebaut; alljährlich eine Anzahl Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt; in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark die Mieten erhöht; jede Wohnlagenanhebung sofort und zuerst auf die Mieten umgelegt und so weiter und sofort. Diese Vorwürfe hat die »Arbeitsgruppe Mieten und Wohnen des Netzwerks Recht auf Stadt« in der ersten Ausgabe ihrer neuen MieterInnenzeitung zu Recht erhoben.

In diesem Zusammenhang bin ich auf die Verbindung der SAGA GWG zum »PMC Immobilienmanagement – Ein Unternehmen der HSH Nordbank« aufmerksam gemacht worden.



Was hat es mit dieser »Achse« auf sich? Hier muss man nicht nur wegen des Stichworts HSH Nordbank hellhörig werden, sondern auch mit Blick auf den neuen »Wohnungsbaukoordinator«, der ja vor allem Geld einspielen soll. Die SAGA GWG wirbt auf ihrer Homepage damit, dass seit 2002 für MieterInnen die Möglichkeit besteht, ihre eigene Wohnung zu kaufen. Nur im Ausnahmefall, heißt es weiter, könnten »auch interessierte Nicht-Mieter« über ein »Verkaufsprogramm« Wohnungen erwerben. Dies tut das Wohnungsbauunternehmen, obwohl der Senat in der Koalitionsvereinbarung eindeutig formuliert hat, »SAGA/GWG werden nicht verkauft« – was bis heute ja auch stimmt. Nur was ist, wenn immer mehr Wohnungen einzeln verkauft, also privatisiert und damit dem Segment des günstigen Mietwohnungsmarkts entzogen werden? Die Firma PMC wirbt auf ihrer Website dreist mit »frei lieferbaren Eigentumswohnungen«. Grund genug, diesen seltsamen Verquickungen mit einer Kleinen Anfrage nachzugehen; die Antworten des Senats haben einige interessante Aspekte ergeben.

Die Geschäftsbeziehung zwischen dem HSH-Ableger und der SAGA GWG besteht seit 2005, und PMC ist nur einer von zwölf »Vertriebspartnern« des öffentlichen Wohnungsunternehmens. In den vergangenen fünf Jahren wurden über PMC insgesamt 71 Wohnungen verkauft. Der auf der SAGA-Webseite als Ausnahmefall dargestellte Verkauf an Nicht-MieterInnen ist eher der Normalfall: Von den 71 Wohnungen »wurden 26 Wohnungen an dort wohnende Mieter und 45 freie Wohnungen an Dritte zur Selbstnutzung« verkauft.

Das mit den »freien Wohnungen« läuft offensichtlich immer nach dem gleichen Muster ab: Die SAGA GWG möchte aus wirtschaftlichen Erwägungen die Mietwohnungen in einem Haus in Eigentumswohnungen umwandeln; bietet den MieterInnen an, ihre Wohnungen zu kaufen; macht deutlich, dass man am Verkauf festhalten wolle, auch wenn die einzelnen MieterInnen einen Kauf ablehnen. Schwuppdwupp ist ein Teil der MieterInnen wie zufällig ausgezogen und hat Platz gemacht für kaufwillige Nicht-MieterInnen, getreu dem Motto: Halb zog es sie, halb sanken sie hin!

Der Antwort auf die Kleine Anfrage ist zu entnehmen, dass die SAGA GWG zwischen 2003 und Anfang 2010 insgesamt 1.297 Mietwohnungen verkauft hat, die meisten in Farmsen (135), Langenhorn (105) und Barmbek (99), aber auch in fast 30 anderen Stadtteilen. Die Liste »kaufinteressierter Mieter und Dritter« umfasst aktuell 1.700 Kauffreudige, eine »Differenzierung zwischen Mietern und Dritten«, so die Senatsantwort, »erfolgt nicht«. Egal ob Mieter oder Nicht-Mieter, Hauptsache, die Wohnung kann verditscht werden. Als was anderes als einen – zugegebenermaßen – langfristig angelegten Verkauf in kleinen Dosierungen darf man das bezeichnen?

Herrn Sachs wird es freuen: In seiner Amtszeit als SAGA GWG-Vorstand sind zwischen 2000 und 2009 alljährlich 20.875.000 Euro für den Verkauf von durchschnittlich 179 Wohnungen erzielt worden. Da dürfte die Erwirtschaftung eines jährlichen Konsolidierungsbeitrages in Höhe von zehn Mio. Euro nicht schwer fallen!

Entlassen in die Obdachlosigkeit?



»1.029 Obdachlose sind zuviel!« Aktion der Caritas vor dem Mariendom in St. Georg, 14.4.2010

Mitte April lief das städtische Winternotprogramm aus. Hunderte obdachlose Menschen konnten – wie schon in den Vorjahren – über die Wintermonate Quartier in einem der Wohncontainer oder in einer Übernachtungsstätte in der Sportallee beziehen. Durchschnittlicher Auslastungsgrad: 95%!

Nach Auslaufen des Notprogramms steht der Großteil dieser Menschen wieder auf der Straße. Anlass genug für den Caritasverband, auf deren Notlage hinzuweisen. Am 14. April, einen Tag vor dem Ende des Winternotprogramms, hat der katholische Sozialverband vor dem Mariendom in St. Georg 1.029 Luftballons steigen lassen. So viele Männer und Frauen wurden im vergangenen Jahr bei einer Befragung der Hamburger Sozialbehörde auf der Straße angetroffen und offiziell als obdachlos gezählt. An den Luftballons hingen Postkarten mit der Aufschrift: »1.029 Obdachlose sind zu viel! Jeder braucht eine Wohnung. Deshalb fordert die Caritas ausreichend Wohnraum für obdachlose Bürger unserer Stadt. Damit keiner mehr auf der Straße schlafen muss!«

Neben dem Winternotprogramm gibt es den Bereich der so genannten öffentlichen Unterbringung. Die Stadt hält aktuell 8.198 Plätze vor, mit Stand vom 31. März 2010 waren davon 7.579 mit Zuwanderern und Wohnungslosen belegt. Eine dieser Einrichtungen habe ich kürzlich aufgesucht: die vom Träger »fördern & wohnen« (f&w) geführte Mattkamp-Siedlung in Billstedt. Mit einer Kleinen Anfrage hatte ich den Senat bereits nach den konkreten Umständen in dieser Siedlung ge-

fragt. Jetzt wollte ich zusätzlich gemeinsam mit Mitgliedern der örtlichen LINKEN Flagge gegen die Pläne des SPD-GAL-geführten Bezirks Hamburg-Mitte zeigen, der seit längerem die Reduzierung der Bettenkapazitäten einfordert und das Pavillonlondorf bis zum Jahre 2012 am liebsten komplett schließen möchte. Ich teile ausdrücklich die Haltung der zuständigen Sozialbehörde, die auf meine Anfrage deutlich machte, dass auch nur eine Teilschließung angesichts des akuten Bedarfs nicht in Frage kommen kann.

Nun darf man die Unterbringungssituation im Mattkamp nicht beschönigen. Dort sind laut Senatsantwort am 12. April 365 Personen untergebracht gewesen, bei einer Kapazität von 360 Betten. Tatsächlich ist die Einrichtung schon seit Jahren fast durchgängig zu 100% ausgelastet, manchmal auch darüber. Hierin liegt aber gerade das zentrale Problem. Die Kapazitäten sind seitens der Sozialbehörde so eng geschnitten, dass für die beiden SozialarbeiterInnen in der Mattkamp-Siedlung so gut wie keinerlei Spielraum besteht.

Die öffentlich untergebrachten Zuwanderer und Wohnungslosen verteilen sich auf 15 zweigeschossige Pavillons mit jeweils zwölf Zimmern, in denen auf 14 bis 15 qm in der Regel zwei Personen leben. Für jeweils sechs Zimmer auf einer Etage (also für zwölf Personen) gibt es eine Gemeinschaftsküche und geschlechtergetrennte WC- und Duschbereiche (in einem der Gebäude ist wohl nicht einmal dies gewährleistet).

Nur ein ganz kleiner Teil der Menschen hat aufgrund psychischer bzw. physischer Probleme ein Zimmer für sich alleine (in Hamburg sind das insgesamt rund 600 von 8.200 öffentlich Untergebrachten). Kommt in den Mattkamp also beispielsweise eine dreiköpfige Familie, muss sie sich entweder gemeinsam mit 15 qm begnügen oder die Mutter schläft mit der Tochter in einem Zimmer und der Vater teilt sich ein anderes mit einem »wildfremden« Mann.

Alle Menschen, die es benötigen oder wünschen, sollten Anspruch auf einen eigenen Raum haben. Doch dafür müssten die Kapazitäten der öffentlichen Unterbringung erweitert werden, zumindest solange, wie keine vernünftigen und bezahlbaren Alternativen bestehen – der »Wohnungsmarkt« ist gerade für diesen Personenkreis nahezu leergefegt. Vor diesem Hintergrund ist das Bestreben des Bezirks Mitte, die Einrichtung zu verkleinern oder gar zu schließen völlig absurd, es sei denn, man will diese Menschen in die Obdachlosigkeit entlassen.

Genau dies aber würde passieren. Denn es war der Bezirk, der Druck machte, die Zahl der im Mattkamp zur Jahreswende untergebrachten Wohnungslosen von 107 bis Ende April auf die eigentlich vorgesehene Zahl von 48 zu reduzie-

ren. In der Senatsantwort auf meine Anfrage wurde mir mitgeteilt, dass die Zahl bis zum 12. April bereits auf 57 reduziert worden sei. Für einige konnte fester Wohnraum angemietet werden, ein Teil fand in anderen Wohnunterkünften Obdach, aber »16 Personen sind unbekannt verzogen«!

Nicht dem Träger der Einrichtung f&w ist die Enge und Belegungspraxis vorzuwerfen, die Verantwortung für die mangelnden Kapazitäten liegt bei der Sozialbehörde und beim Bezirk Hamburg-Mitte, der gerne nach dem Prinzip »aus dem Auge, aus dem Sinn« verfährt. Obwohl die Mattkamp-Siedlung in der Umgebung nicht »auffällig« geworden ist (laut Auskünften der MitarbeiterInnen gibt es keine Beschwerden) und auch keine irgendwie gearteten Alternativen erkennbar sind, drängt er darauf, die Einrichtung zu verkleinern bzw. aufzulösen und insbesondere den Anteil der Obdachlosen zu reduzieren.

Das ist keine soziale Politik. Stattdessen sollten sich alle Verantwortlichen dafür einsetzen, endlich den sozialen Wohnungsbau wieder anzufahren und alljährlich günstige Wohnungen in ausreichender Größenordnung zu schaffen. Doch davon sind der Senat und Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen SAGA GWG noch meilenweit entfernt.

Schwarz-gelb: abgewählt und angezählt



Die wichtigste Botschaft der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen lautet: Schwarz-Gelb hat keine politische Mehrheit mehr. Zwar haben die Wähler ein Votum für NRW ausgestellt, aber es besteht kein Zweifel, dass auch die entsprechende politische Konstellation auf Bundesebene diesem Verdikt unterworfen wurde.

Das Wahlergebnis interpretiere ich so, dass die WählerInnen das Gezänk in der Koalition der Kanzlerin Angela Merkel, vor allem die leidige Debatte um Steuersenkungen, abgestraft haben. Im Bundesrat wird die Konsensfindung erheblich schwieriger, wenn auch nicht unmöglich. Die strittigsten schwarz-gelben Projekte, die Steuersenkungen und

die Kopfpauschale im Gesundheitswesen, dürften kaum mehr realisiert werden können.

Dem Versuch der schwarz-gelben Regierungskoalition, mit neoliberaler Medizin die Folgen der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise zu bekämpfen, ist eine erdrutschartige Abfuhr erteilt worden. Selbst die AnhängerInnen der FDP sind mehrheitlich der Überzeugung, dass Steuersenkungen kein Ansatz sind, um die ökonomischen und finanziellen Folgen der schweren Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

Die bürgerlichen Parteien haben für das Festhalten an der neoliberalen Umverteilungslogik einen hohen Preis bezahlt. Die CDU verlor gegenüber der Landtagswahl 2005 über eine Million Stimmen und die FDP hat wegen ihrer neoliberalen Mantra gegenüber dem herausragenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2009 fast 900.000 WählerInnen verloren.

Für Nordrhein-Westfalen wie für den Bund gibt es deshalb eine klare Ansage: Die BürgerInnen zwischen Rhein und Ruhr haben Merkel und Westerwelle die rote Karte gezeigt. Steuersenkungen und Kopfpauschale im Gesundheitssystem sind aus Sicht einer Mehrheit der Bevölkerung untaugliche Instrumente zur Bewältigung der anhaltenden Großen Krise. Das Land braucht stattdessen eine neue Perspektive mit einer Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, einem steuerbasierten handlungsfähigen Staat und der Inangriffnahme der Sanierung gesellschaftlicher Infrastruktur, so dass das Gemeinwesen sich nicht weiter zerlegt.

Zur Skepsis gegenüber Schwarz-Gelb hat sicherlich auch beigetragen, dass mit der drohenden Staatspleite Griechenlands und anderer europäischer Länder die regierungsamtliche Schönfärberei, die Große Krise sei im Wesentlichen durchgestanden, ad absurdum geführt worden ist.

Die Grünen konnten deshalb aus der Landespolitik auch ein Plebiszit über die Atompolitik machen, während die LINKE mit ihrer Forderung »RWE und E.ON entmachten« nicht durchdrang, da große Teile der Bevölkerung des Landes mit diesen Konzernen höchstens indirekt etwas zu tun haben. Die Verstaatlichungsforderungen des Landtagswahlprogramms hätten – auf den Bankensektor angewandt – vermutlich eher genutzt.

Die zweite Botschaft der NRW-Wahl lautet allerdings: Trotz des Charakters der Wahl als kleine Bundestagswahl, mit der ja auch über die Kräfteverhältnisse im Bundesrat entschieden wurde, ist es zu keiner stärkeren Mobilisierung der WählerInnen gekommen. Im Gegenteil. Die Wahlbeteiligung ist von 63% im Jahr 2005 auf 59,3% gesunken – die 5,5 Mio. NichtwählerInnen sind eindeutig die stärkste »Partei«. Es haben mehr BürgerInnen ihre staatsbürgerlichen Rechte nicht wahrgenommen als zusammengenommen CDU und SPD gewählt haben. Deren Stimmenanteil an allen Wahlberechtigten liegt nur mehr bei bescheidenen 20%.

Der Parteienforscher Franz Walter konstatiert zu Recht: »In NRW bestätigt sich offensichtlich ein Trend, der seit 2005 fast alle Landtagswahlen beherrscht hat: Das angeblich sozialdemokratische Problem, dass die Wähler enttäuscht zu Hause bleiben, ist längst bei der Union angekommen. Wahlenthal-

tung ist die Protestform der bürgerlichen Milieus geworden.« (taz vom 10.5.2010)

Die SPD hat den prozentualen Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl zwar deutlich (von 28,5% auf 34,5%) steigern können, doch tritt sie in absoluten Stimmen auf der Stelle (2,675 Mio.). Bei der Abwahl der rot-grünen Regierung Steinbrück vor fünf Jahren konnte die SPD immerhin noch über drei Millionen Stimmen einfahren. Sie hat also eine Menge an Vertrauensverlust zu überwinden und konnte ihr Ziel, DIE LINKE aus dem Landtag herauszuhalten, nicht erreichen.

DIE LINKE wiederum konnte von ihren 790.000 WählerInnen bei der Bundestagswahl im letzten Herbst nur 435.000 halten. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Bei den Arbeitern erreichte sie nur einen Stimmenanteil von 11% und bei den Arbeitslosen von 16%. Die Wahlkampfthemen und die Wahlkampfführung waren zu wenig auf die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet. Das Plakatthema »Bildung – gebührenfrei« war nur für 23% der WählerInnen der LINKEN entscheidend bei der Stimmabgabe, die soziale Gerechtigkeit für 55% und für fast 80% der NeuwählerInnen die Verweigerung der Griechenlandkredite durch die Bundestagsfraktion.

DIE LINKE hat mit ihrem Plädoyer für einen radikalen Politikwechsel den Einzug in den Landtag geschafft und ist damit endgültig im politischen System etabliert. Allerdings hat sie vor allem für NRW nicht deutlich machen können, was ein Politikwechsel konkret bedeutet und wie er sich einordnet in die grundsätzliche Perspektive eines dringend notwendigen Umbaus der kapitalistischen Ökonomie, zu dem als wesentliches Element die Regulierung der Finanzmärkte gehört. Insofern hat DIE LINKE zwar gegenüber 2005, als WASG und PDS noch getrennt antraten, mit 435.000 WählerInnen einen deutlichen Stimmenzuwachs erzielt, konnte aber ihr Potenzial aus der Bundestagswahl nicht annähernd ausschöpfen.

Ein schwarz-gelber Kurswechsel wird sich daraus nicht ergeben. So plädiert der niedersächsische Ministerpräsident Wulf als Schlussfolgerung aus dem NRW-Wahldebakel: »Die Regierungskoalition muss die Wünsche der bürgerlichen Wähler nach Konsolidierung und Haushaltssanierung ernst nehmen als bisher... Eine Steuerreform mit moderaten Entlastungen, die vor allem Gerechtigkeitsprobleme beseitigt und zu einer Vereinfachung führt, würde zu einer klugen Politik genau so gehören wie verlässliche Maßnahmen bei der Bildung und glaubhafte Einsparungen.«

Die bürgerliche Koalition hat weder ein Zukunftsprojekt für die Gestaltung des Gemeinwesens, noch nur eine Ahnung, wie eine Regulierung der Finanzmärkte und eine Re-Stabilisierung der öffentlichen Finanzen in die Wege zu leiten ist. Der angedrohte Übergang zu einer massiven Sparpolitik wird sich deshalb schwierig gestalten – es sei denn, es gelingt, die nur wenig erneuerte Sozialdemokratie darin einzubinden. Aber solange die SPD dabei nur die »steinernen« Sanierungskonzepte von Steinmeier und Steinbrück einbringt, würde dies kein Qualitätssprung in der Antikrisenpolitik einer großen Koalition bewirken.

Schutzschirme und Sparpakete



Proteste gegen die Sparpakete in Griechenland

Bilder von brennenden Häusern in Athen, von Straßenschlachten zwischen Polizisten und Jugendlichen und von einer zornigen Menschenmenge, die vor dem Parlament protestiert, haben die Weltöffentlichkeit aufgeschreckt. Im Parlament setzte der sozialistische Regierungschef Papandreou eine für Griechenland einmalig rigorose Rosskur durch. Es gehe um die Rettung des Landes, erwiderte er auf jede Kritik. Das Sanierungsprogramm war die Voraussetzung für ein Hilfspaket von Europäischer Union (EU) und Internationalem Währungsfonds (IMF) im Volumen von 110 Mrd. EUR.

Es ist das größte Rettungspaket in der Geschichte der EU. Dennoch bleiben deutliche Zweifel an einem Erfolg des Sparprogramms. Die an die Hilfe gekoppelte Rosskur wird in Griechenland eine beispiellose Rezession auslösen und das Land in absehbarer Zeit dazu zwingen, seinen Bankrott zu erklären. In Griechenland ist man sich darüber einig, dass eine neue Ära für das Land eingesetzt hat.

Die griechische Regierung will das Haushaltsdefizit von derzeit 13,6% des BIP auf 3% bis 2014 senken. Sie erklärte ferner, offenbar in einem Anflug des Hochmuts, in den nächsten drei Jahren zusätzliche 30 Mrd. EUR sparen zu wollen. Fest steht: Nach der Einführung des Euro im Jahr 2001 hat Griechenland das Ziel eines Haushaltsdefizits von weniger als 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nie erreicht. Die Ausgaben der öffentlichen Hand sind zwischen 2001 und 2009 um 7%

des BIP erhöht worden, während die Einnahmen um fast 3% geschrumpft sind. Das Wachstumsmodell der vergangenen 30 Jahre basierte auf einem mit billigen Krediten ermöglichten und überhitzten Konsum. Griechenland hat sich zudem einen überdimensionierten Militärsektor geleistet.

Eine erfolgreichere Alternative wäre: In Griechenland müsste neben der drastischen Reduktion des Militärs ein Strukturwandel der Ökonomie auf den Weg gebracht werden. Die Ausrichtung auf eine moderne Dienstleistungsökonomie ist weit zukunftssträchtiger als der ausgetretene Weg, vorrangig die Exportorientierung zu steigern. Begleitet werden müsste der Strukturwandel durch einen verbesserten Steuervollzug, eine deutliche Anhebung der Vermögensbesteuerung sowie der höheren Einkommen. Schließlich wäre ein Hilfspaket der EU eben auch einzubetten in eine europäische Strukturpolitik, also keine reine Finanzunterstützung um den Preis eines harten Kürzungsprogramms zulasten der breiten Bevölkerungsschichten. Ohne die Einbeziehung und Beteiligung des Großteils der Bevölkerung wird es keine Sanierung geben.

Die europäische Schuldenkrise ist nach der Unterstützungsaktion für Griechenland nicht zu Ende. Die EU will mit einem gigantischen Schutzschirm für hochverschuldete Euro-Länder die Währungsunion vor dem Zerfall bewahren. Die Finanzminister der 27 EU-Länder beschlossen die Einrichtung

eines Krisenfonds mit einem Kreditrahmen von insgesamt 500 Mrd. EUR. Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll mit weiteren 250 Mrd. EUR beteiligt werden. Mit der Ankündigung dieses Krisenfonds soll der Euro gegen Spekulation geschützt werden. In den vergangenen Wochen hatten weltweit fallende Kurse und ein Abschwächen des Euro für große Nervosität gesorgt.

Der 750-Milliarden-Rettungsschirm für den Euro ist – so die Bundeskanzlerin – alternativlos. Das Paket sei notwendig, um die Zukunft des Euro zu sichern und das Geld der Menschen in Deutschland zu schützen. Zudem sei das Hilfspaket kein Blankoscheck. Jedes Land, das von ihm Gebrauch machen wolle, müsse ein ernstes Spar- und Konsolidierungsprogramm nachweisen.

Die 750 Milliarden EUR kommen aus drei Quellen. Zum einen schaffen die Euro-Länder eine Zweckgesellschaft, die sich Kapital bis zu 440 Milliarden Euro auf den Finanzmärkten leihen kann; die Rückzahlung dieser Mittel würde durch die Euro-Länder garantiert. Zum zweiten wären als Notfallhilfe der EU-Kommission über 60 Milliarden EUR verfügbar. Zurzeit profitieren bereits die nicht der Währungsunion angehörenden EU-Länder Lettland, Ungarn und Rumänien von solchen Darlehen. Und drittens schließlich soll der Internationale Währungsfonds 250 Milliarden EUR beisteuern.

Wer Geld aus diesem Topf beanspruchen will – immer wieder genannte Kandidaten sind Portugal, Spanien und Italien –, müsste im Gegenzug die vom IMF formulierten wirtschaftspolitischen Auflagen erfüllen. Im Weiteren hat die Europäische Zentralbank (EZB) angekündigt, auf dem Sekundärmarkt Anleihen von staatlichen und privaten Emittenten aufzukaufen, um deren Kurse zu stützen. Es ist dies eine völlige Abkehr von bisherigen Gepflogenheiten.

Insgesamt müssen die Mitglieder der Euro-Zone in diesem Jahr noch rund 1.100 Mrd. EUR durch die Ausgabe neuer Staatsanleihen finanzieren. Bis Mitte Februar 2010 hatten sie bereits 223 Mrd. EUR aufgenommen und bereits im Jahr 2009 hatten die Länder deutlich unter 1 Bio. EUR auf den internationalen Finanzmärkten beansprucht. Vor diesem Hintergrund ist die Größenordnung des Krisennotfonds zur Rettung des Euro verständlich.

Zwar geht es zunächst vorrangig um den Euro, aber auch das britische Pfund und der US-Dollar befinden sich im Brennpunkt der Finanzmarktakteure. Die drängenden Probleme der Schuldenbekämpfung, der Re-Dimensionierung und Regulierung der Finanzsphäre sind eben nicht nur ein europäisches Problem. Griechenland und die anderen südeuropäischen Länder repräsentieren nur die zugespitzten Fälle der allgemeinen Schuldenkrise.

Die Mitte 2007 ausgebrochene Große Krise hatte ihren Ausgangspunkt im Immobilien- und Hypothekensbereich. Unterliegend hatte sich über Jahre eine strukturelle Überakkumulationskrise aufgebaut. Durch die massive Ausweitung öffentlicher Kredite und der Bilanzen der Notenbanken wurde die Entwertung des Geld- und überschüssigen Realkapitals aufgehalten. Das Institut für Weltwirtschaft beschreibt diese Auffangoperation durch den globalen öffentlichen Kredit folgendermaßen: »Weltweit werden etwa 3 Billionen Dollar staatlicher Hilfen ausgegeben, um den Absturz der Weltwirtschaft abzubremsen. Dieser Nachfrageschub von 4,7% des Welteinkommens hat zuallererst die Aufgabe, die Spirale gestrichener Investitionspläne, reduzierter Produktion, gesunkener Beschäftigung, gepaart mit schrumpfenden Einkommen und damit weiter sinkender Nachfrage zu stoppen. Gleichzeitig sollten die Programme aber die Weltwirtschaft nach der Krise wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad bringen.«

Der 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirm wird zwar erst einmal die Märkte und Finanzmarktakteure beruhigen und Spekulationen gegen den Euro stoppen. Ob das Rettungspaket den Euro aber tatsächlich vor dem Scheitern bewahrt, hängt davon ab, wie nachhaltig die Defizitländer ihre Staatsfinanzen konsolidieren. Diese Konsolidierung ist allerdings mit einem brutalen Sparkurs nicht zu haben, denn durch die dadurch ausgelöste rezessive Entwicklung wird die gesellschaftliche Wertschöpfung weiter belastet. Ohne eine Erneuerung der realen Ökonomie, kombiniert mit einer Sanierung der öffentlichen Finanzen und damit einer fiskalischen Disziplin, wird die europäische Währungsunion letztlich doch an internen Widersprüchen zerbrechen.

Veranstaltungshinweis

Die Krise in Griechenland und des Euro-Systems. Welche Alternativen haben die europäischen Linken?

Diskussionsveranstaltung am **Dienstag, den 25.5.2010, 18:30 Uhr** mit Joachim Bischoff

Georg-Asmussen-Haus (Saal), Böckmannstraße 3/St. Georg

Griechenland ist einerseits ein Sonderfall und andererseits auch ein allgemeiner Typus einer kapitalistischen Ökonomie, die tief in einer Schuldenkrise steckt. Die EU und der Währungsfonds haben mitten in der anhaltenden großen Weltwirtschaftskrise ein brutales Umverteilungsprogramm durchgesetzt; es droht eine Depression, die den gesamten Euro-Raum erfassen kann. Zahlreiche Schuldenkrisen der jüngeren Geschichte haben allerdings gezeigt, dass ein Land sich aus seinen Schulden nicht herausparen, sondern nur herauswachsen kann. Gleichzeitig wächst die Sorge vor einem Übergreifen der Schuldenkrise auf andere europäische Länder: Neben Portugal gerät auch Spanien zunehmend in Bedrängnis. Was tun gegen die Spekulanten, die ganze Länder in den Abgrund reißen können?

Überall Linksextremisten, auch in der Elphi?



Bürgerbeteiligung am 13.4. im Wirtschaftsgymnasium St. Pauli

»Der Protest gegen die Gentrifizierung (soziale Umstrukturierung, Aufwertung des Wohnumfeldes) gewann im Jahre 2009 zunehmend an Bedeutung«, schreibt der Verfassungsschutz in seinem vor wenigen Tagen vorgelegten Bericht für 2009. Weiter heißt es darin: »Vor diesem Hintergrund hat sich 2009 das linksextremistisch beeinflusste Netzwerk ›Recht auf Stadt‹ gegründet, in dem auch die ›Rote Flora‹, das ›Centro Sociale‹ und das ›Freie Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks‹ vertreten sind.«

Das Weltbild der Verfassungsschutzschützer ist klar und einfach: die gut 100 Stadtteilgruppen, die am 19. Dezember 2009 zur Parade des Netzwerkes Recht auf Stadt aufgerufen hatten, alles Linksextremisten oder zumindest von ihnen beeinflusst. Das Engagement gegen den Abriss des historischen einmaligen Gängeviertels, alles Chaoten. Die NoBNQ-Initiative, die leider gerade am Ankauf ihres Wohnquartiers auf St. Pauli mangels Money gescheitert ist, alles Terroristen. Der Kampf gegen die flächendeckende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in St. Georg, alles Sektierer.

Wovon spricht der für den Bericht verantwortliche Innenminister, und vor allem, wen und was möchte er in die quaskriminelle Ecke stellen? Es ist inzwischen unerträglich, wie Herr Ahlhaus (CDU) die neonazistischen Vorkommnisse in der Stadt verharmlost, mal eben einer Demo diese oder jene Straße versagt (wie am 19.12.2009 geschehen) oder aber Menschen festnehmen lässt, die dann im Abschiebeknast Suizid begehen. Da passt es nur allzu gut ins Bild, wenn der Protest und Widerstand, der sich gegen die schwarz-grüne Stadtentwicklungspolitik richtet, auch mit dem Mittel der Verunglimpfung und Diffamierung bekämpft wird.

Innenminister Ahlhaus und der ganze Senat hat nur wenig übrig für Menschen, die es nicht bei einer einfachen Einladung zur »Bürgerbeteiligung« belassen, sondern wie in Wilhelmsburg, St. Pauli, Altona und anderswo reales Bürgerengagement praktizieren, die Dinge selbst in die Hand nehmen und Planung von unten betreiben. Es passt diesem Senat nicht

der Bürgerentscheid gegen den Altonaer A7-Deckel – deswegen hat er ihn weg-evoziert. Es passt Senatorin Hajduk nicht der Widerstand der ElbinsulanerInnen gegen die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und das flächendeckende Abholzen zugunsten einer dadurch immer fragwürdiger werdenden Gartenschau – da wird das Tempo eher noch erhöht. Es passt dem Senat (und dem zuständigen Bezirk Mitte) nicht das ewige Rummörgeln an der gut 30 Mio. Euro teuren Kompferdebahn in Horn, der überflüssigen und mindestens 330 Mio. Euro erfordernden U4 in die Hafencity, nicht die Ablehnung einer kommerziellen Music-Hall St. Pauli, nicht die Kritik an dem mehr als 10 Mio. Euro kostenden »überdachten Weg« vom Baumwall zur Elbphilharmonie und an diesem Megabau und 350-Millionen-Grab schon überhaupt nicht. Alles »linksextremistisch beeinflusst«.

Mit der Diffamierung des RaS-Netzwerkes im Verfassungsschutz-Bericht hat Ahlhaus dem grün-schwarzen Senat allerdings einen Bärendienst erwiesen. Der breiter gewordene Protest bis weit in bürgerliche Schichten hinein wird sich dadurch nicht schrecken lassen. Zu viele unnütze und teure Leuchttürme sind vom Senat auf den Weg gebracht worden, deren Sinn immer mehr Menschen in Frage stellen. Deshalb ist zu dem am Freitag, den 28. Mai, angesetzten Richtfest für die Elbphilharmonie auch nur handverlesenes Publikum zugelassen. Erst am Samstag dürfen dann insgesamt rund 4.000 HamburgerInnen von 10 bis 18 Uhr im Dreiviertelstundentakt die Gipfel der inzwischen auf 110 m angewachsenen Elphi erklimmen.

Manch eine/r wird aus diesem Anlass die Frage aufwerfen, wessen Stadt die Stadt eigentlich ist, wer sie nutzt und dafür Steuern zahlt, warum 350 Mio. Euro für das Konzerthaus in der Elbe versenkt werden, während gleichzeitig 30 Mio. Euro im Kitabereich gestrichen werden. Dieses »Recht auf Stadt«, das sich am 28. und 29. Mai in und neben der Elphi ebenfalls Gehör verschaffen wird, wird Bürgermeister v. Beust genauso wenig passen wie Herrn Ahlhaus und Frau Hajduk.

65. Jahrestag der Befreiung



Gedenkfeier am 4. Mai in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Mehr als 500 Gäste haben am 4. Mai im Klinkerwerk der KZ-Gedenkstätte Neuengamme an der Internationalen Gedenkveranstaltung anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung teilgenommen, unter ihnen eine große Gruppe von KZ-Überlebenden und ihre Angehörigen. Bürgermeister Ole von Beust machte in seinem Redebeitrag deutlich, dass es ein langwieriger und mühevoller Weg war, den nicht zuletzt die Repräsentanten der ehemaligen Häftlinge erst erstritten haben, um an dieser Stelle überhaupt das Gedenken angemessen begehen zu können: »Denn auch in Hamburg tat man sich nach dem Krieg lange Jahrzehnte schwer im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Man wollte vergessen, man wollte verdrängen.« Der hochbetagte Vorsitzende der Amicale Internationale de Neuengamme, Robert Pincon, erinnerte als ehemaliger Häftling an die Leiden der gepeinigten Menschen: »Wir haben gekämpft, unterstützt durch die festen republikanischen Grundsätze, die uns unsere Eltern und Lehrer eingeschärft hatten und die bereits in unseren Familien tief verwurzelt waren. Diese Grundsätze kamen gänzlich zur Entfaltung vor den brutalen Missetaten faschistischer und nationalsozialistischer Horden, vor der Ermordung derer, die eben diese Grundsätze in sich trugen, insbesondere gegen Fremdenhass, Diskriminierung und Sklaverei.«

Die wiederholte Schändung von Gedenkstätten durch Hakenkreuzschmierereien macht deutlich, dass Fremdenhass und Diskriminierung noch immer aktuell sind. Die letzte Attacke von Nazis traf am 8./9. Mai die tags zuvor neu eröffnete

Gedenkstätte im ehemaligen Neuengammer Frauen-Außenlager in Wandsbek. Sechs Glastafeln mit den Namen der hier inhaftierten rund 500 Frauen waren abgeschraubt und entwendet worden.

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung stellte Esther Bejarano zusammen mit der »Microphone Mafia« eine ungewöhnliche Kombination von Rap und antifaschistischen Liedern vor, mit der vor allem Jugendlichen angesprochen werden sollen. **Esther Bejarano**, die 1943 im Alter von 18 Jahren nach Auschwitz deportiert wurde und das Vernichtungslager überlebte, wird am **Sonntag, den 16. Mai um 12:00 Uhr** im Rahmen der ROTEN MÖWE Gast in der »Galerie der Schlumper« (Neuer Kamp 30) sein. Sie wird aus ihren Erinnerungen lesen, die sie in Zusammenarbeit mit der »junge welt«-Journalistin Birgit Gärtner niedergeschrieben hat.

Am **20. Mai um 19:00 Uhr** lädt die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE zur Präsentation der Studie **»Deportationsstätte Fruchtschuppen C – Die Deportation der Sinti und Roma im Mai 1940 und die Hamburger Freihafenlogistik«** ein. Norbert Hackbusch wird die Veranstaltung einleiten, die Historikerin Marut G. Perle dann die von ihr verfasste Studie vorstellen. Lolo Weiß, der Generalsekretär der Rom und Cinti-Union e.V. (RCU), berichtet anschließend von der Deportation der Roma und Sinti im Mai 1940. Musikalische Beiträge: Duo Z (Lolo Weiß, Vincenzo Weiß sowie Bienchen Weiß). Ort: HafenCity Universität Hamburg (HCU), Lohseplatz 1 a (Innenhof), 3. OG links

Kulturtipps: Erste gegen siebte Liga



Zum 100jährigen Jubiläum hat der FC St. Pauli sich und seinen Fans gleich noch einen zweiten Anlass zum Feiern gegönnt: den Wiederaufstieg in die erste Bundesliga. **Herzlichen Glückwunsch zu beidem!** Die Feierei geht weiter:

- Am Sonnabend, den 15. Mai, treten die FC St. Pauli-Allstars um 18:00 Uhr im Millerntorstadion gegen das Team von FC United of Manchester in einem ersten Jubiläumsspiel an. Dabei handelt es sich nicht um den legendären Club ManU, sondern um einen Verein, der 2005 von Fans von Manchester United gegründet wurde, die sich damit gegen die Übernahme des Clubs durch den US-amerikanischen Geschäftsmann Malcolm Glazer und gegen die Kommerzialisierung des Fußballs wandten. Der FC United of Manchester spielt aktuell in der 7. englischen Liga und hat ähnlich wie der FC St. Pauli Kultstatus.
- Drei Tage später, am 18. Mai um 20:30 Uhr, ist dann allerdings mit Celtic Glasgow ein Top-Verein der schottischen Premier League am Millerntor zu Gast.
- Vom 13. bis zum 16.5. veranstalten Fanladen St. Pauli, Ultra Sankt Pauli und das Frauenfußballteam St. Pauli zum

sechsten Mal ihr antirassistisches Fußballturnier (<http://www.antira-stpauli.org/html/>) mit Teams unter anderem aus Leipzig, Lüttich, Leeds, Kopenhagen, Winterthur, Glasgow, Bilbao und Athen.

- Eine Woche später, am 23.5., feiert dann die Frauen- und Mädchenfußballabteilung des FC St. Pauli ihr zwanzigjähriges Bestehen mit einem internationalen Soli-Fußballturnier. Hier werden neben anderen Arminia Bielefeld, Union Berlin, Republica Internationale aus Leeds und Kickers Emden mit dabei sein. Das Turnier findet auf dem »heiligen Rasen« des Millerntorstadions statt und der Erlös geht an Old is Gold Slum Youth, Kenia (mehr zu beiden Turnieren auch unter <http://fussballvonlinks.blogspot.de/>)
- Das Frauenfußballturnier ist Bestandteil des großen Vereinsfests am Pfingstsonntag aus Anlass des 100. Geburtstags. Das »St. Pauli-Dorf« auf dem Heiligengeistfeld steht dann ganz im Zeichen des Breitensports; alle 17 Disziplinen des FC St. Pauli (der eben nicht nur Fußballverein ist) werden sich präsentieren und zum Mitmachen zwischen 10 und 18 Uhr einladen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**